

# Beiträge

*Wolfgang Michalka*

## Walther Rathenau – Begründer einer liberalen Außenpolitik?

Nicht Politik, sondern »Wirtschaft ist das Schicksal!« Mit diesem Postulat erinnerte Walther Rathenau an den berühmten Ausspruch Napoleons Goethe gegenüber aus dem Jahre 1808 und korrigierte diesen. Denn er vertraute der Kraft des Wirtschaftlichen vor der Politik.

Kriegerische Konflikte erschienen ihm anachronistisch, weil der Wirtschaft schadend. An ihre Stelle werde der ökonomische Wettbewerb treten. Wirtschaft war für ihn das zeitgemäße politische Mittel, nicht die militärische Macht<sup>1</sup>.

Rathenau, der bereits vor 1914 Rüstungsbegrenzungen forderte und vor den Folgen eines kriegerischen Konflikts gewarnt hatte, legte gleich in den ersten Kriegstagen dem preußischen Kriegsminister den Entwurf einer zentralen Rohstoffbewirtschaftung vor. Die unzureichend wirtschaftliche Kriegsvorbereitung des Deutschen Reichs und angesichts der von Großbritannien über die Mittelmächte verhängten Wirtschaftsblockade ließen ihm dies dringend geboten erscheinen. Die daraufhin eingerichtete Kriegsrohstoff-Abteilung, die Rathenau acht Monate leitete und zu einer höchst effizienten Institution führte, konnte eine drohende Munitionskrise und den kriegswirtschaftlichen Kollaps abwenden.

Die KRA wurde besonders im Ausland als wirtschaftlicher Generalstab gepriesen und der Zivilist jüdischen Glaubens mit den Kriegsheroen Hindenburg und Mackensen verglichen. In Vorträgen und Publikationen setzte Rathenau seine praktischen Erfahrungen in das Modell der »Gemeinwirtschaft« um. Dabei war ihm bewusst, dass er »tief in das Gefüge der kapitali-

1 Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Gehalten in München am 28. September 1921, in: Walther Rathenau, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S.241-264; hier: S. 264. Schon am 12. Dezember 1920 erklärte Rathenau in seiner »Rede auf dem Demokratischen Parteitag in Nürnberg«, »daß das Prinzip aller Probleme, die uns gegenwärtig beschäftigen, der Wirtschaft zukommt.« (Ebd., S. 123)

stischen Wirtschaftsordnung«<sup>2</sup> eingreifen würde; denn der Staat wurde für ihn zum Hüter der nationalen Wirtschaft.

Nicht nur seine Unternehmerkollegen kritisierten ihn als Zerstörer der Privatwirtschaft, sondern vor allem liberale Politiker – zu denken ist beispielsweise an Gustav Stresemann – warfen ihm vor, er würde den Mittelstand vernichten. Rathenaus Vision einer »neuen, kommenden Wirtschaft« war in der Tat alles andere als liberal, ja er kann regelrecht als Überwinder der liberalen Marktwirtschaft verstanden werden<sup>3</sup>.

Obwohl er mit seinem Buch »Von kommenden Dingen« dem »dogmatischen Sozialismus ins Herz«<sup>4</sup> treffen wollte, wurde er als Befürworter eines Staatssozialismus angeprangert. Nach Krieg und Revolution kokettierte er sogar mit dem Bolschewismus, den er als »großartiges System«, dem wahrscheinlich die Zukunft gehören würde, deutete<sup>5</sup>.

Anzumerken ist: Bucharin und selbst Lenin nahmen Rathenaus Schriften aufmerksam zur Kenntnis und überprüften daran ihre eigenen Vorstellungen von Staatskapitalismus und Planwirtschaft.

Hier geht es nicht um ökonomische Modelle, nicht um das sich verändernde Verhältnis von Wirtschaft und Staat. Es geht auch nicht um Rathenaus höchst modern anmutende Krisenrezepte oder gar um sein Eintreten für eine nachhaltige und ethische Wirtschaft, die ihn heute an die Seite der Grünen stellen würde.

Dieser Mann vieler Eigenschaften lässt sich nicht eindeutig – darauf kommt es hier an – einer speziellen Richtung zuordnen, in eine besondere Schublade stecken.

Es geht vielmehr um Außenpolitik, konkret um liberale Außenpolitik und um die Frage, ob Rathenau eine solche vertrat.

Rathenau beurteilte vor dem Krieg die deutsche Außenpolitik sehr kritisch. Er bemängelte vor allem das unausgewogene Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Deutschlands Wirtschaft habe zwar selbst die britische nicht nur eingeholt, ja sogar überholt und würde nach den Vereinigten Staaten von Amerika weltweit an zweiter Stelle stehen. Politisch allerdings könne das Deutsche Reich kaum seiner wirtschaftlichen Position entsprechen. Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland vor 1914 sei – mangels eines verbind-

2 Rathenau an Hermann Stehr, 14.8.1914. In: Walther Rathenau Gesamtausgabe = WRGA, Bd. V, S. 1356f.

3 Vgl. Wolfgang Michalka, Kriegsrohstoffbewirtschaftung. Walther Rathenau und die »kommende Wirtschaft«, in: Ders. (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München-Zürich 1994, S. 485–505.

4 Von kommenden Dingen (1917), in: WRGA, Bd. II, S. 303.

5 Harry Graf Kessler, Das Tagebuch 1880–1937 (hrsg. von Roland S. Kamzelak und Ulrich Ott, Veröffentlichungen der Deutschen Schillergesellschaft), 9 Bde., hier: Bd. 7, hrsg. und bearbeitet von Angela Reinalth, Stuttgart 2007, S. 148ff. (Eintrag vom 20. Februar 1919).

lichen außenpolitischen Konzepts – mehr auf die Wirkung nach außen »für die Galerie« angelegt und weniger darauf ausgerichtet, langfristig und beharrlich die eigene Position im internationalen Konzert zu bewahren oder sie sogar zu verbessern. Die sich mit theatralischer »Gebärde« – Rathenau zieht in diesem Zusammenhang den Vergleich zur Musik Richard Wagners<sup>6</sup> – in jeden Konflikt einmischende deutsche Politik habe wenig nennenswerte Ergebnisse aufzuweisen, dafür aber Misstrauen bei den europäischen Großmächten erregt und Deutschland politisch immer mehr isoliert. Rathenaus Urteil über die deutsche Politik seit Bismarcks Abgang fällt dann auch vernichtend aus: »Von der Hegemonie sind wir herabgestiegen und Angriffsziel geworden<sup>7</sup>.

Neben langfristigen Zielen in der deutschen Politik vermisste er eine – was er vornehmlich an England bewunderte – kreative Führungsauslese. Besonders in Preußen, so sein Vorwurf, würden Offizierkorps und Diplomatie nahezu ausschließlich von Aristokraten und Großagrariern rekrutiert werden. Wirtschaftliche Führungskräfte seien dagegen in der Politik und im Militär nicht anzutreffen. »Das reifste Unrecht unserer Zeit« bestehe darin, »daß das fähigste Wirtschaftsvolk der Erde, das Volk der stärksten Gedanken und der gewaltigsten Organisationskraft, nicht zugelassen wird zur Regelung und Verantwortung seiner Geschicke«. Die ausschlaggebende Ursache für die selektive, ja falsche Elitenrekrutierung sah Rathenau jedoch in der Judenpolitik Preußens. Ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, wo Juden eine den christlichen Mitbürgern gleichberechtigte Stellung einnehmen, werden in Preußen die Bürger jüdischen Glaubens nach wie vor nicht für verantwortungsvolle, »hoheitliche« Funktionen zugelassen: »Verdankt nicht England seine Imperialpolitik einem Juden, dessen Standbild vor der Westminsterkirche steht? Haben nicht Frankreich, Italien, Rußland, Österreich und sogar Preußen ein paar ganz tüchtige Minister jüdischen Blutes gehabt?<sup>8</sup>

In Preußen dagegen trage der Jude einen »sozialen Makel« – eine Erfahrung, die Rathenau sein Leben lang zu schaffen machte. Diese Zurücksetzung bedeutete für Rathenau nicht nur »Unrecht«, sondern wirkte sich auch negativ für die deutsche Politik aus: »Die deutschen Juden tragen einen erheblichen Teil unsres Wirtschaftslebens, einen unverhältnismäßigen Teil der Staatslasten und der freiwilligen Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsaufwendungen auf ihren Schultern.« Infolgedessen lautete Rathenaus Forderung an die preußisch-deutsche Politik: »Ein Industriestaat von der Bedeutung unsres Reiches bedarf aller seiner Kräfte, der geistigen und materiellen; er kann auf einen

6 An Deutschlands Jugend (1918), in: Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit, Berlin 1929, S. 170f.

7 Das Eumenidenopfer (1913) in: Gesammelte Schriften, Bd. 1 Berlin 1918. S. 251-263, hier: S. 254.

8 Staat und Judentum. Eine Polemik (1911), ebda., S. 194.

Faktor wie den des deutschen Judentums nicht verzichten. Noch ehe ein Jahrzehnt vergeht, wird der letzte Schritt zur Emanzipation der Juden geschehen sein«<sup>9</sup>.

Dass Rathenau mit seiner Kritik nicht allein stand und wie zutreffend seine Prophezeiung war, können die »Schülerschen Reformen« im Auswärtigen Amt nach dem Ersten Weltkrieg demonstrieren, die vor allem der Wirtschaft einen ihr angemessenen Platz verschaffen sollten.<sup>10</sup>

Außenpolitisch trat Rathenau für einen europäischen Wirtschaftsbloc ein, dem ein politischer Bund folgen würde. Dem Unternehmer und global agierenden Industrieorganisator war bewusst, dass das Zentrum der Weltwirtschaft sich von London in die Vereinigten Staaten von Amerika verlagern und dass ein europäisches Gegengewicht notwendig sein würde. Mit der Gründung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsunion könnte eine wirtschaftliche Einheit geschaffen werden, die der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen wäre, und in der es – wie er meinte – zurückgebliebene, stockende und unproduktive Landesteile nicht mehr geben werde. »Gleichzeitig aber wäre dem nationalistischen Haß der Nationen der schärfste Stachel genommen. Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.«<sup>11</sup> Heute liest es sich fast wie eine prophetische Vorschau auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Rathenau regte eine Zollunion mit Österreich, der Schweiz, Italien, Belgien und den Niederlanden an, allerdings unter deutscher Führung.<sup>12</sup> Um die an England und vornehmlich an die Vereinigten Staaten von Amerika verlorene Position auf dem Weltmarkt zu kompensieren, sollte der europäische Binnenmarkt stabilisiert und abgeschirmt werden. Darin sah er das erfolgversprechende Mittel, der Verknappung notwendiger Rohstoffe und der schwindenden Absatzmärkte, kurz: der wirtschaftlichen Stagnation zu entgehen.

9 Ebda., S. 191.

10 Vgl. Kurt Doß. Das Auswärtige Amt im Übergang zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf; vor allem auch Krüger, Peter, Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes, 1921-1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Das diplomatische Korps, 1871-1945, Boppard/Rh. 1985, S. 101-169. Zur Stellung von Juden im Auswärtigen Amt vgl. jetzt Peter Grupp, Juden, Antisemitismus und jüdische Fragen im Auswärtigen Amt in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Eine erste Annäherung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 46. Jg. (1998), S. 237-248.

11 Deutsche Gefahren und neue Ziele (1913), in: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1918, S. 278.

12 Vgl. Walther Rathenau, Tagebuch 1907-1922, hrsg. und komm. von Hartmut Pogge v. Strandmann, Düsseldorf 1967, Eintrag vom 25.7.1912, S. 168f.

Angesichts der internationalen Situation 1912, die von Wettrüsten und zunehmender Konfrontation der machtpolitischen Blöcke gekennzeichnet war, empfahl Rathenau eine wirtschaftliche Vereinigung der Mittelmächte mit den nicht zur Entente gehörenden westeuropäischen Staaten, aus der sich dann die politische Kooperation ergeben sollte. Dabei fällt auf, daß er den Beziehungen des Deutschen Reiches zu Großbritannien eine zentrale Rolle für das internationale System beimaß; denn nicht im spannungsgeladenen Verhältnis zu Frankreich, sondern primär im Flottenwettrüsten mit Großbritannien erblickte er die eigentliche Kriegsgefahr.

Im Zuge der deutschen Hochrüstung und anlässlich des ergebnislos verlaufenen Haldane-Besuchs in Berlin analysierte Rathenau die auf einen Tiefpunkt angelangten deutsch-britischen Beziehungen: »England fühlt sich bedroht, weil wir rüsten; England rüstet, weil es sich bedroht fühlt; wir rüsten nicht, weil England rüstet, aber wir hören nicht auf, zu rüsten, solange England rüstet: ein Zirkelschluss«<sup>13</sup>. Und die Frage »Kann der Vernünftige nachgeben? Können wir den Kreisprozess anhalten?« beantwortete er damit, dass internationale politische Konflikte dadurch zu entschärfen seien, indem die dahinter stehenden wirtschaftlichen Spannungen durch ökonomische Vereinbarungen abgebaut werden sollten.

Rathenaus Mitteleuropa-Konzept, das er vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte, parallel zu seinen privatwirtschaftlichen Entwürfen und Aktivitäten, die AEG und generell die deutsche Elektrizitätswirtschaft in Europa marktbeherrschend auszuweiten, zielte auf eine wirtschaftliche Union kontinentaleuropäischer Staaten unter deutscher Führung. Erst aus der Position der hegemonialen Stärke heraus würde es dann dem Deutschen Reich möglich sein, sich mit Großbritannien zu einigen. Eingedenk der zu schmalen Rohstoffbasis und des im Vergleich zu den etablierten Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich und Portugal geringen deutschen Kolonialbesitzes propagierte Rathenau eine der jeweiligen Volkszahl der europäischen Staaten entsprechende Aufteilung kolonialer Territorien in Afrika und Vorderasien. Um zu vermeiden, dass das Deutsche Reich trotz seines Bevölkerungswachstums und seiner industriellen Stärke den Status einer Großmacht verlieren und an der Weltpolitik nicht mehr teilnehmen könne, forderte Rathenau in seiner programmatischen Vorkriegsschrift von 1913 »Deutsche Gefahren und neue Ziele« mit Nachdruck: »Wir brauchen Land dieser Erde«. Er verwarf allerdings Annexionen in Europa: »Wir wollen keinem Kulturstaat das seine nehmen, aber von künftigen Aufteilungen muß uns so lange das nötige zufallen, bis wir annähernd so wie unsere Nachbarn gesättigt sind, die weit weniger Hände und unendlich mehr natürliche Güter haben«<sup>14</sup>.

13 England und wir. Eine Philippika (1912) aus: Gesammelte Schriften, Bd. 1, S. 209-219, hier: S. 216.

14 Walther Rathenau, Gesammelte Schriften, Berlin 1918, Bd. 1, S. 270.

Rathenau war Realist genug, um zu wissen, dass Mitteleuropa-Pläne und koloniale Neuverteilungsvorstellungen zwar diskutiert wurden, aber kaum Einfluss auf die konkrete und aktuelle Politik haben würden<sup>15</sup>.

Das änderte sich allerdings unmittelbar nach Kriegsbeginn. Er war sich der Tatsache bewusst, dass die deutsche Wirtschaft auf einen längeren Krieg in keiner Weise vorbereitet war und glaubte nun, dass die Zeit reif sei, ein deutsches »Mitteleuropa« realisieren zu können.

Zu Beginn des Krieges passte er seine Vorstellungen der Kriegssituation und den anzustrebenden Zielen an und präsentierte diese in drei Kriegszieldenk-schriften dem Reichskanzler. Zuerst plädierte er für eine Zollunion mit Österreich-Ungarn<sup>16</sup>, und als diese wenig Gehör fand und von den sich angesichts der militärischen Erfolge im Westen radikalisierten Kriegszielforderungen regelrecht beiseite geschoben wurde, wollte Rathenau nicht zurückstehen, so dass er sein »Mitteleuropa-Projekt« aktualisierte.

Im Gegensatz allerdings zu den meisten der vorgebrachten Zielforderungen, aber auch zu Reichskanzler Bethmann Hollwigs sogenanntem »Septemberprogramm«, das Annexionen zu Lasten Frankreichs und Belgiens anmeldete und dadurch eine deutsche Hegemonialstellung beanspruchte, empfahl Rathenau ein zukünftiges Zusammengehen der damaligen Kriegsgegner, namentlich mit Frankreich, wenn auch unter deutscher Führung, als die den Frieden garantierende Perspektive: »Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein künftiges Gleichgewicht Europas bringen kann: Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung, gegen England und Amerika, gegen Rußland andererseits politisch und wirtschaftlich gefestigt. Das Opfer, das wir zu bringen hätten, bestände im Verzicht auf französischen Landerwerb und in Ermäßigung der Kontribution.« Dieser Separatfrieden mit Frankreich sollte so milde gestaltet sein, »daß für alle Zeit der Rheinkonflikt sich erledigt, und nicht nur für den weiteren Krieg, sondern für die künftige Politik eine veränderte Basis geschaffen bleibt.«<sup>17</sup>

Die Einbeziehung Frankreichs in den zu bildenden mitteleuropäischen – oder eigentlich kontinentalen – Großwirtschaftsraum und die Gewichtsverlagerung von England auf Frankreich unterschied Rathenaus Konzept von den politischen Vorstellungen der meisten seiner Zeitgenossen.

So sehr sich Rathenau darin von seinen Zeitgenossen unterschied, so überwog doch das Gemeinsame. Trotz der wiederholten Betonung des Vorteils für alle

15 Vgl. sein Schreiben an Heinrich Hirsch vom 31.3.14 (WRGA, Bd. V, S. 1291).

16 »Promemoria über die Niederlegung des österreichisch-ungarischen Grenzzolls« (NR 1/78, Bl. 2-20); dazu: Wolfgang Michalka, »Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung«. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Friedens- und Kriegsziel, in: Hans Wilderotter, (Hrsg.), Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867-1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, New York, Berlin o. J. (1994), S. 179-188.

17 An Joachim von Winterfeldt, 19.10.1914 (WRGA, Bd. V, S. 1384).

einbezogenen Partner war sich Rathenau der Vorrangstellung Deutschlands in dem vorgeschlagenen Wirtschaftsverbund durchaus bewusst, und er versuchte auch nicht, das zu verhehlen. Er konnte darum auch ohne Schwierigkeiten gemeinsam mit Albert Ballin, Gustav Stresemann und Friedrich Naumann sowie den weitaus extremeren Kathedersozialisten im »Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein« ein gemeinsames Forum für die Realisierung seiner Ideen finden. Trotz offensichtlicher Gemeinsamkeiten betont Kessler allerdings das Spezifische von Rathenaus außenwirtschaftspolitischen Vorstellungen: »Es zeigt seinen Blick, daß er gleich bei Kriegsausbruch die Gefahren, die nach dem Kriege drohen würden, richtig sah und nicht einen Zollbund der Waffenbrüder vorschlug, wie Naumann später in seinem ›Mittelleuropa‹, sondern die Einbeziehung auch der Gegner, Frankreich, Belgien, also die paneuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, zu der die Entwicklung seit dem Kriege immer mächtiger hindrängt.«<sup>18</sup>

Rathenau zählte nicht zu denen, die von einem kurzen Krieg ausgingen. Diese Annahme verwarf er als illusionär, als falsch. Selbst beim möglichen Ausscheiden Frankreichs und später auch Rußlands vertrat er die Überzeugung, dass es mit England zu einem langjährigen Wirtschaftskrieg kommen werde, der letztlich von Deutschland nicht zu gewinnen war.

In seiner Schrift »Friedenswege« aus dem Jahre 1916 argumentierte er, dass wohl keine der gegnerischen Mächte aus dem Krieg ausscheiden werde, »wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler macht, vor der Zeit zusammenbrechen, weder aus Mangel an Mannschaft, noch an Geld, noch an mechanischen und materiellen Hilfsmitteln.«<sup>19</sup> Und sollte es zu einem Frieden kommen, dann werde dieser nach Rathenaus Einschätzung ein »kurzer Waffenstillstand sein, und die Zahl der kommenden Kriege unabsehbar, die besten Nationen werden hinsinken, und die Welt wird verehelenden«. Um dies zu verhindern müsse der kommende Frieden wirtschaftlich begründet werden. In diesem Sinne hatte er sich Alfred Kerr gegenüber geäußert: »Ich bin gewiß: die letzte Entscheidung in dieser ganzen Sinnlosigkeit wird nicht durch einen ‚Sieg‘ herbeigeführt, sondern durch einen ökonomischen Vergleich zwischen den Partnern; darauf kommt es hinaus.«<sup>20</sup>

Daraus folgerte er, dass »Privateute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen ohne Auftrag auf eigenem Antrieb sich begegnen« sollten, »um festzustellen, ob die Ansprüche ihrer Nationen wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als

18 Harry Graf Kessler, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928, S. 186f.

19 Friedenswege, in: Nachgelassene Schriften, Berlin 1928, Bd. 1, S. 57-59; hier: S. 57.

20 Alfred Kerr, Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes, Amsterdam 1935, S. 163ff.

hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen.<sup>21</sup>

Als der Krieg »stationär« geworden war, sich in einem kräfteverzehrenden Stellungskrieg festgefressen hatte und das machtpolitische Patt seine Beendigung in weite Ferne rücken ließ, empfahl Rathenau deshalb eine gütlich-einvernehmliche und vor allem dauerhafte Lösung des militärischen Konflikts. Internationale Wirtschaftsprüfer sollten gegenseitig das jeweilige Wirtschaftspotential begutachten und auf dieser Grundlage den Krieg »liquidieren«.

Weiterhin regte er neben der Gründung eines Völkerbunds auch Schiedsgerichte an sowie generelle Abrüstung: »Doch alles bleibt wirkungslos, sofern nicht als erstes ein Wirtschaftsbund, eine Gemeinwirtschaft der Erde geschaffen wird. Darunter versteh ich weder die Abschaffung der nationalen Wirtschaft, noch Freihandel, noch Zollbünde: sondern die Aufteilung und gemeinsame Verwaltung der internationalen Rohstoffe, die Aufteilung des internationalen Absatzes und der internationalen Finanzierung. Ohne diese Verständigung führen Völkerbund und Schiedsgerichte zur gesetzmäßigen Abschlachtung der Schwächeren auf dem korrekten Wege der Konkurrenz; ohne diese Verständigungen führt die bestehende Anarchie zum Gewaltkampf aller gegen alle.<sup>22</sup>

Diese Empfehlung kam 1924 ansatzweise zum Tragen, als Finanzsachverständige unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles Gates Dawes die Zahlungsmodalitäten des Deutschen Reiches im Kontext der Reparationen in einem Abkommen neu regelten und einen wirtschaftlichen Crash in Europa verhinderten.

Angesichts der Entwicklung der Kriegslage sah sich Rathenau gezwungen, sein ursprünglich mittel- und westeuropäisch ausgerichtetes Programm zu modifizieren. Von wegweisender Bedeutung wurde für ihn die Frage, ob Deutschland eine Einigung entweder mit England oder mit Rußland anstreben solle. Diese beantwortete er klar: Großbritannien werde stets Gegner eines starken Deutschlands sein, weil die britischen Interessen unvereinbar mit denen des Deutschen Reiches seien. Er wollte nun – wie er sich in einem Schreiben vom 30. August 1915 an Bethmann Hollweg äußerte – die militärische Entscheidung an der Westfront erzwingen, einen Waffenstillstand mit Frankreich herbeiführen, gegenüber England einen Seekrieg einkalkulieren und ein »gutes Verhältnis zu Amerika« herstellen. Er glaubte, eine Spaltung der Entente lasse sich dadurch erreichen, dass sich Rußland – nach einem erfolgreichen deutschen Durchbruch an der Westfront – zu einem Separatfried-

21 Friedenswege, S. 59.

22 An Deutschlands Jugend (wie Anm. 6), S. 174f.

den bereit fände. Unter diesem Aspekt deklarierte Rathenau Rußland zum »künftigen Absatzgebiet« des Deutschen Reiches und gab zu erwägen, größere russische Gebiete für längere Zeit zu besetzen und diese wirtschaftlich zu erschließen<sup>23</sup>. »Rußland braucht eine Finanzmacht, die Frankreich nicht mehr ist, England nicht werden darf; es braucht einen Schutz gegen England. Wir können Rußland finanzieren.[...] Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet.«<sup>24</sup> Rathenau spielte mit dieser Argumentation auf die Erfahrungen der britischen Seeblockade an. Deutschland benötigte einen großen autarken Binnenmarkt, der in erster Linie im Osten Europas zu errichten sei. Rathenau war offensichtlich der Meinung, dass nur ein unter deutscher Herrschaft geeintes Europa, welches durch ein mächtiges Ostimperium ergänzt worden sei, den Seemächten Großbritannien und Amerika Paroli bieten könnte.

Anstelle des ursprünglich angestrebten unter deutscher Führung organisierten kontinentalen Binnenmarktes könnte Rußland nun zu einem deutschen »Ostimperium« werden, wirtschaftliche Autarkie und geostrategische Vorteile garantieren. Die bolschewistische Revolution und der erzwungene Friede von Brest-Litowsk, die mit einem Schlag den von Deutschland nicht zu gewinnenden Zweifrontenkrieg beendeten, ließen dann auch machtpolitische Perspektiven anklingen und utopische Visionen ins Kraut schießen, die später in den Jahren 1941 bis 1943 ihre verbrecherische Realisierung zu finden schienen. Anzumerken ist jedoch, dass Rathenau, der für einen Verhandlungsfrieden eintrat, den Diktatfriede mit dem revolutionären Russland vom 3. März 1918 nicht gutheißen konnte. Sein Machtverständnis gründete sich eben nicht auf militärisch-machtstaatliche, geographische oder demographische Faktoren, sondern beruhte in erster Linie auf der Kraft des Ökonomischen und damit eng verbunden auf der Fähigkeit zu organisieren, zu produzieren, zu erfinden, also auf dem intellektuellen und unternehmerischen Potential des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums und vor allem auf dem ökonomischen Wettbewerb.

Für Rathenau in der zweiten Kriegshälfte bestimmend wurde der Gedanke, »dass der Vierverband gesprengt werden muss, und dass, wie es auch gelingen mag, wir uns mit Rußland verbünden«<sup>25</sup>. Die revolutionären Veränderungen in Rußland im Jahre 1917 schufen neue Bedingungen und damit realistische Aussichten, den Krieg zu beenden. Gleich am 8. Mai 1917 schrieb Rathenau erneut an Bethmann Hollweg und erklärte, daß in Rußland die Friedensneigung deutlich gewachsen wäre, allerdings würden die Hemmungen, durch einen Separatfrieden mit Deutschland die eigenen Kampfgenossen zu

23 Walther Rathenau, Politische Briefe, Dresden 1929, S. 45-49; hier: S. 47.

24 Ebda., S. 46f.

25 An Conrad Haussmann, 15.09.1915 (WRGA, Bd. V, S. 1462).

verraten, nicht ohne Weiteres zu überwinden sein. Deswegen entwickelte er den »paradox erscheinenden Gedanken«, sozusagen auf einer »Nebenbühne« Österreich-Ungarn und die Türkei zu bestärken, mit dem sich revolutionär auflösenden Rußland Friedensgespräche aufzunehmen. Somit würde das umworbene Rußland zumindest nach außen hin seine Bündnispflicht England und Frankreich gegenüber nicht verletzen, da ja das Deutsche Reich an diesen Sondierungen für einen Separatfrieden nicht direkt beteiligt sein würde. Die erhoffte Folge würde sein, daß ein nunmehr neutrales Österreich nicht mehr von Deutschland militärisch gestützt und gehalten werden müsse und dass damit auch die Ostfront wesentlich entlastet werde könnte. Darüber hinaus würden russische Materialien und Lebensmittel über Österreich auch nach Deutschland gelangen können. Insgesamt würde diese neu zu schaffende Situation auf einen Separatfrieden auch mit Deutschland hinauslaufen, was wiederum auch im Westen erhebliche Auswirkungen haben könnte. Vor allem Frankreich käme zum erstenmal in diesem Kriege in die Lage zu erklären, man habe zwar gesiegt, »aber durch Rußlands Schuld lassen sich die Früchte des Sieges nicht gewinnen, und infolgedessen könne man sich mit Ehren zurückziehen«.<sup>26</sup>

Wenig später unterbreitete Rathenau auch General von Seeckt diese Vision eines Separatfriedens zwischen Österreich und Rußland<sup>27</sup>.

Es ist bekannt, dass die Entwicklung im Osten anders verlief, als sich das Rathenau vorgestellt hatte. Den schließlich im Frühjahr 1918 geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk konnte er allerdings nicht gutheißen.

Trotz seiner moderat anmutenden Vorstellungen sollte nicht verschwiegen werden, dass es auch durchaus andere Töne von Rathenau zu hören gab.

So wollte er ein Bündnis mit Rußland regelrecht erzwingen, indem »deutsche Soldaten« neben Petersburg und Moskau »einen größeren Teil des wirklichen Rußland längere Zeit besetzt halten«<sup>28</sup> sollen. Und bezeichnender Weise wandte sich Rathenau mit diesem radikalen Rußlandkonzept nicht nur an den Reichskanzler, sondern auch an General Ludendorff, der sich diesen Vorstellungen gegenüber aufgeschlossen zeigte und mit dem Rathenau in einen intensiven Meinungsaustausch trat. Bei mehreren Treffen in den Jahren 1916/17 versuchte der jüdische Industrielle den erfolgreichen Feldherrn, den er als die kommende Führerpersönlichkeit zu erkennen glaubte, von sich selbst einzunehmen und diesen von seinen politischen Vorstellungen zu überzeugen. Unterschiedliche Auffassungen über operative Erfolge und politische Folgen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges besonders hinsichtlich des drohenden

26 Politische Briefe (Anm. 22), S. 128-134; hier: S. 133.

27 Vgl. an von Seeckt, (Anm. 22), 26.6.1917, S. 148-153.

28 An Bethmann Hollweg, 30.08.1915 (Anm. 22), S. 47.

Kriegseintritts der USA an der Seite der Kriegsgegner Deutschlands führten im Sommer 1917 zum Bruch, der sich schließlich im Herbst 1918 von Seiten Ludendorffs zur erbitterten Feindschaft ausweitete.

Zwar war es Rathenau, der im Rahmen des Hindenburg-Programms von 1916, das die letzten kriegsentscheidenden Kräfte mobilisieren sollte, General Ludendorff zusicherte, aus dem besetzten Belgien 700 000 Arbeiter deportieren und der deutsche Kriegswirtschaft zuführen zu können. Gerade dieses Ansinnen wurde ihm nach dem Krieg vorgeworfen, so dass er Anklage und sogar Auslieferung befürchten musste.

Und überhaupt zählte Rathenau zu den Bewunderern Ludendorffs, den er als den »kommenden Mann« pries und sogar eine Militärdiktatur als »letztes Mittel« sah, um den Krieg zugunsten Deutschlands doch noch entscheiden zu können.

Als aber Anfang Oktober 1918 das Waffenstillstandsgesuch der 3. Obersten Heeresleitung bekannt wurde, konnte Rathenau diesen Schritt nicht gut heißen. Mit seinem Aufruf vom 7. Oktober 1918 prangerte er das deutsche Waffenstillstandsgesuch als übereilt und gar als falsch an; nun schlug sein bis dahin gutes Verhältnis zu Ludendorff in Feindschaft um (»Wer die Nerven verloren hat, muss ersetzt werden«). Er forderte hingegen eine Art »Levée en masse«, um eine bessere, stärkere Position bei den anstehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu erreichen: »Nicht im Weichen musste man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung«.<sup>29</sup>

Dieser Aufruf in einer Zeit, in der sich Kriegsmüdigkeit und Niedergeschlagenheit breit gemacht hatten, stieß auf völliges Unverständnis und hatte eine polarisierende, nervenzerreißende Wirkung. Rathenau galt nun als unverantwortlicher Kriegsverlängerer, ja als Kriegshetzer.

Der sich missverstanden Fühlende verteidigte und rechtfertigte sich, aber er war jetzt ein Gezeichneter. Hinzu kamen seine sehr kontrovers aufgenommenen Publikationen, vor allem seine Schrift »Die neue Wirtschaft« (Januar 1918). Aber auch sein Portrait »Der Kaiser« (März 1919), in dem er erklärte, dass die Weltgeschichte ihren Sinn verloren hätte, wenn »der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor gezogen« wäre, machten Rathenau zum Defaitisten und zur Unperson. Kein Wunder auch, dass er sich ins gesellschaftliche Abseits gedrängt fühlte und ihm die erhoffte politische Aufgabe verwehrt blieb.

29 Ein dunkler Tag, in: Vossische Zeitung, 7. Oktober 1918; abgedruckt in: Walther Rathenau, Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit, (Anm. 6), S. 258–261.

Sein Appell »An Deutschlands Jugend« (1918) blieb ungehört, seine Abrechnung mit den bestehenden Parteien zeigte wenig Wirkung und sein mit Ernst Troeltsch und anderen gemeinsames Bemühen, eine »Partei der deutschen Freiheit« zu gründen, scheiterte. Er musste konstatieren, dass von ihm weder Rat noch Tat gefragt waren. Verständnislos wandte er sich am 16. Dezember 1918 an den Volksbeauftragten Friedrich Ebert, in dem er sich darüber beschwerte, dass er aus der Sozialisierungskommission ausgeschlossen wurde. Und überhaupt habe die Volksregierung »von meinen Diensten keinen Gebrauch gemacht«.<sup>30</sup> Rathenau schloss sich der Deutschen Demokratischen Partei an, blieb aber stets ein Außenseiter.

Erst nach dem Scheitern des Kapp-Putsches wurde Rathenau im April 1920 in die zweite Sozialisierungskommission und dann auch zu den Sachverständigen für die Konferenz von Spa berufen. Da ging es um die Reparationsfrage, die zum Bewegungsgesetz der Weimarer Außenpolitik wurde. Reichskanzler Joseph Wirth schließlich holte ihn als Wiederaufbauminister und Anfang 1922 als Außenminister in sein Kabinett. Dieses stand unter dem politischen Leitstern der »Erfüllungspolitik«<sup>31</sup>.

In seiner Antrittsrede vor dem Reichstag am 2. Juni 1921 betonte Rathenau, dass er nicht als Mitglied einer Partei, sondern als unabhängiger Fachminister berufen wurde. Er nehme sich daher das Recht heraus, seinen neuen »Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich« und ihn »privatwirtschaftlich und industriell« zu verstehen. Er wolle sein Amt »nach rein sachlichen Grundsätzen führen«.<sup>32</sup>

Damit hatte Rathenau mit wenigen Worten sein Verständnis von Politik und vor allem von seiner künftigen Aufgabe unmissverständlich umrissen. Nicht von Wählern und vom Parteidiktat abhängige Politiker, die den politischen Stimmungslagen ausgeliefert seien, sondern neutrale Sachverständige, das heißt kompetente und erfahrene Fachleute seien »jenseits von Partei und Parlament«<sup>33</sup> primär in der Lage, das komplexe Gefüge der Politik unabhängig und berechenbar zu kontrollieren, diese effektiv zu lenken. Konsequent legte er auch alle wirtschaftlichen Verpflichtungen und Ämter nieder. Ihm war auch bewusst, dass seine wirtschaftspolitischen Reformvorschläge, die er in Vorträgen, Broschüren und Büchern proklamiert hatte, derzeit nicht zu realisieren waren: »Das erste, was geschehen muss, ist nicht die grundsätzliche Umgestaltung unserer Wirtschaft – das ist ein Prozess, der mehr als ein Menschen-

30 Briefe, Bd. 2, Dresden 1927, S. 88.

31 Vgl. dazu im größeren Zusammenhang Wolfgang Michalka, Rathenaus politische Karriere, in: Karl-Heinz Hense, Martin Sabrow (Hrsg.), Leitbild oder Erinnerungsart? Neue Beiträge zu Walther Rathenau, Berlin 2003, S. 67-84.

32 Rathenau, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S. 197-217, hier: S. 200.

33 So der Titel von Bernd Sösemanns Beitrag über »Walther Rathenau's 'aufbauende Ideenpolitik' in der Deutschen Gesellschaft 1914«, in: Wilderotter, Extreme (Anm. 16), S. 169-178.

alter braucht und nicht von einzelnen durchgeführt werden kann und darf –, sondern die Aufgabe, die übernommenen Lasten überhaupt tragbar zu machen. Diese Rechnung aber kann nicht ohne die Gegenseite gemacht werden, der wir verschuldet sind.«<sup>34</sup>

In seiner Reichstagsrede legte er auch die von ihm einzuschlagen beabsichtigte Politik dar: »Ich bin eingetreten in ein Kabinett der Erfüllung. Wir müssen Wege finden, uns mit der Welt wieder zusammenzubringen.« Hier klingt bereits das an, was später Gustav Stresemann als die Suche nach den »gleichlaufenden Interessen« formulieren wird.

In situationsgerechter Analyse der durch Kriegsniederlage, Machtverschiebungen und der von den Pariser Vorortsverträgen neugefügten Nachkriegsordnung Europas erkannte Rathenau trotz des Versailler Vertrages Handlungsmöglichkeiten für eine neue liberale Politik, die sich der Kraft einer intakten und gesunden Wirtschaft als Schwungrad bedienen sollte mit dem Ziel, die vormals innegehabte Großmachtstellung des Deutschen Reiches wieder zu erringen. Dabei erkannte er in der gemeinsamen europäischen Aufbauarbeit das entscheidende Mittel, »einen Kontinent wiederherzustellen.«<sup>35</sup> Er unterstrich, dass sein Hauptaugenmerk auf Frankreich gerichtet sei; denn dieses Land habe »überaus schwer vom Kriege gelitten« und benötige dringend und wolle den Aufbau.

Schon im Juli 1919 hatte Rathenau dem Zentrumspolitiker und damaligen Finanzminister Matthias Erzberger sein politisches Programm dargelegt: Das besiegte und durch einen auch seiner Meinung harten Friedensvertrag geknebelte Deutsche Reich müsse in seiner »verzweifelten Lage [...] den beweglichen Punkt [...] finden, von dem aus die ganze Situation aufgerollt werden kann.«<sup>36</sup> Dieser Punkt – so fuhr er fort – liege in Belgien und Nordfrankreich, und zwar beim Problem des Wiederaufbaus. Nicht allein materielle und – wie es die Reparationsforderungen vorsahen – finanzielle Leistungen sollten von dem besieгten Deutschen Reich einseitig erbracht werden, sondern – und darin knüpfte Rathenau an seine bereits vor 1914 entwickelten Europapläne an – die betroffenen Nationen sollten gemeinsam mittels wirtschaftlicher Verflechtung die Kriegsschäden beheben. Rathenau empfahl einerseits der deutschen Regierung, mit Hilfe der sogenannten »Erfüllungspolitik« die deutsche Bereitschaft zur Wiedergutmachung verursachter Schäden zu demonstrieren.

34 An Ernst Lehmann, 21.6.1921, in: WRGA Bd. V, S. 2584.

35 Peter Krüger, »Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen.« Walther Rathenau als Außenpolitik, in: Wilderotter, Extreme, S. 189-202.

36 Willy Brandt argumentierte am 6. Oktober 1967 als Außenminister in einer Gedenkfeier zum 100. Geburtstag Walther Rathenaus ähnlich: »Man kann den Interessen des eigenen Landes um so besser gerecht werden, je genauer man die Interessen anderer versteht, um dann die Punkte gemeinsamer Interessen zu finden.« (Willy Brandt, Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen, Berlin 1967, S. 8).

Gleichzeitig aber sollten damit die Grenzen, ja letztlich die Unmöglichkeit der geforderten Reparationsleistungen von Deutschland offenbar gemacht werden. Zwar gebe es derzeit keine Alternative, jedoch sei die Erfüllungspolitik niemals als »Selbstzweck« mißzuverstehen. Diese aber sollte nicht vordergründig und ausschließlich als taktische Variante einer traditionellen wilhelminischen Machtpolitik gedeutet werden.

Mit diesem Verständnis von »Erfüllungspolitik« knüpfte Rathenau an Hermann Müllers Erklärung vor der Nationalversammlung am 23. Juli 1919 an, in dem dieser als Außenminister ausführte: »Wir lassen keinen Zweifel darüber, dass es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist, wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, dass wir mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden.«<sup>37</sup> Auch Matthias Erzberger vertrat die Position, »von den entsetzlichen Friedensbedingungen all das durchzuführen, was wir tatsächlich durchführen können, damit diejenigen Forderungen, die wir nicht durchführen können, auch von der ganzen Welt als undurchführbar angesehen werden.«<sup>38</sup>

Reichskanzler Fehrenbach hingegen verfolgte die Strategie »Ohne Revision keine Reparationen«. Sein Nachfolger Joseph Wirth wandelte als Kanzler diese unter dem Druck der Alliierten in »erst Erfüllung soweit wie möglich, dann Revision«. Die erste Reparationsrate wurde fristgemäß erbracht, so dass der britische Botschafter in Berlin D'Abernon feststellen konnte: »In vierzehn Tagen ist unter Wirth ein größerer Fortschritt erzielt worden als in einem Jahr unter Fehrenbach und Simons.«<sup>39</sup> Ihr Prestige konnte die Reichsregierung weiter verbessern, als sie pünktlich und vollständig die Entwaffnungsbestimmungen des Londoner Ultimatums ausführte. Mit der Wirthschen Erfüllungspolitik entspannte sich allmählich das internationale Klima.

Inzwischen war die Reparationssumme auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt worden. Mit dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai erzwangen die Alliierten die Einwilligung des Reiches. Damit wurde eine Besetzung des Ruhrgebiets vermieden, auf die es vor allem Frankreich abgesehen hatte. »Den Londoner Zahlungsplan zu akzeptieren, ging mit einem geradezu paradoxen Versuch der deutschen Seite einher, das brutal Oktroyierte durch scheinbare Loyalität ad absurdum zu führen: In den Jahren 1921/22 leitete die Regierung Wirth die sogenannte »Erfüllungspolitik« ein. Sie markierte in

37 Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 328 (1919), S. 1853; zitiert nach Heinrich Klümpen, Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo, Münster-Hamburg 1992, S. 69; Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 173.

38 Zitiert nach Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, München 1976, S. 424.

39 Edgar Viscount D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren, Leipzig o. J., Bd. 1, S. 198.

gewisser Hinsicht den Auftakt für Stresemanns Verständigungspolitik [...] Durch demonstrative Erfüllung der alliierten Forderungen sollte deren tatsächliche Unerfüllbarkeit unter Beweis gestellt werden.«<sup>40</sup>

Die anfängliche Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes hatte allerdings das Defizit im Staatshaushalt maßgeblich vergrößert. Ohne eine beträchtliche Reduzierung der Reparationslasten war die Kreditfähigkeit Deutschlands nicht wiederherstellbar.

Es waren die Briten, die sich für die Gewährung eines Moratoriums einsetzten und nach Konsultationen Walther Rathenaus den Deutschen empfahlen, ein entsprechendes Gesuch an die Reparationskommission zu richten.

Rathenau leitete aus der britischen Unterstützung für das Moratoriumsgesuch die Schlussfolgerung ab, »die Stimmung in England sei für uns günstiger als jemals seit Abschluss des Waffenstillstandes«<sup>41</sup> Auf der Konferenz von Cannes (6.-13. Januar 1922) stornierten die Alliierten vorläufig die für Januar und Februar 1922 fälligen Raten.

Rückblickend erklärte Rathenau am 24. März 1922: »Die Erfüllungspolitik sei niemals als Selbstzweck angesehen worden. Sie musste aber geführt werden, nachdem wir das Londoner Ultimatum unterschrieben hatten. Hätten wir gleich hinterher die Unmöglichkeit der Erfüllung betont, so wäre dies innen und außen äußerst gefährlich gewesen. Alle Mächte wären dadurch gegen uns zusammengeschweißt worden [...] Die Erfüllungspolitik sei notwendig gewesen und sei es noch. Sie schließe aber nicht ein absolut fortgesetztes 'Ja' ein, denn ein solches entnervt das Volk [...] Man werde jetzt sagen, die Erfüllungspolitik sei zusammengebrochen, die Regierung geschwenkt. Beides sei falsch. Diese Politik habe die Ruhr gerettet. [...] aber sie sei eben keine Erfüllungspolitik sans phrase, sondern sei begrenzt, und von vornherein hätte [dies] festgestanden [...] Wir ständen also in der Situation, dass wir zum ersten Mal 'Nein' sagen müssen.«<sup>42</sup> Die Erfüllungspolitik eröffnete eine neue Phase, in der die Regierung in einem größeren Maße als zuvor auf die öffentliche Meinung Rücksicht nahm und die nationale Komponente der Erfüllungspolitik stärker akzentuierte.

In den internen Beratungen des Kabinetts räumte Rathenau ein, dass er eine neuerliche Belastungsprobe mit den Siegermächten für wahrscheinlich hielt und kündigte an: »Wir würden hier nicht passiv bleiben, sondern eigene Schritte unternehmen, die er zur Zeit nicht mitteilen könne.«<sup>43</sup> Diese Aussage mag andeuten, dass Rathenau im Falle einer Konfrontation mit den Alliierten

40 Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945, Stuttgart 1995, S. 415.

41 Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Wirth I und II, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, 2 Bde., Boppard/Rh. 1973, = AR, Wirth II, Nr. 166, S. 464; nach Klümpen, S. 109.

42 AR, Wirth II, Nr. 231, S. 637, nach Krüger, Versailles, S. 176f.; Klümpen, S. 117.

43 AR, Wirth II, Nr. 231, S. 637, Klümpen, S. 118.

in der Finanz- und Reparationspolitik bewusst außenpolitische Eigenständigkeit durch ein Arrangement mit Sowjetrußland zu demonstrieren bereit war – dies aber nur als letzten Schritt nach dem Scheitern einer Kompromisslösung. Rathenau war nicht Protagonist einer forcierten Ostpolitik.

Rathenau entwickelte ein europäisches Wiederaufbauprogramm, aufgrund dessen in den verwüsteten Gebieten Frankreichs und Belgiens deutsche Arbeiter konkrete Aufbauleistungen verrichten würden. Die Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit, die Behebung des Kapitalmangels und der Aufschwung der durch absurde Reparationszahlungen paralysierten deutschen Wirtschaft könnten dadurch erreicht werden, was wiederum der gesamten europäischen Wirtschaft zugute kommen würde. Eine Wirtschaftsverflechtung gleichberechtigter Partner könnte – so argumentierte Rathenau – die vom Krieg emotionalisierte Politik versachlichen und damit auch berechenbar machen.

Nicht Widerstand gegen unsinnige Maßnahmen und Forderungen der Alliierten sei jetzt der richtige Weg, sondern vielmehr die gemeinsame Sanierung der europäischen Wirtschaft und dies mit amerikanischer Hilfe. Mit Nachdruck forderte er die USA auf, endlich ihre wirtschaftliche und politische Führungsrolle in Europa wahrzunehmen.

Nur wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Wiederaufbauminister traf er sich mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete, Louis Loucheur, der wie er aus der Elektroindustrie kam, zu Gesprächen in Wiesbaden. Bei dieser »fast sensationell anmutenden Begegnung« (P. Krüger) entwickelten die beiden Wirtschaftspolitiker Pläne zur Lösung der Reparationsfrage. Angestrebt war ein umfangreiches Programm an Sachlieferungen, Arbeitsleistungen sowie ein System der Finanzierung und Abrechnung der erbrachten Kriegsschäden.

Bereits im Herbst 1919 war es zu Verhandlungen um deutsche Kohlelieferungen nach Frankreich gekommen, obwohl diese erst nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 notwendig gewesen wären. Die gegenseitige Abhängigkeit macht den Grad der wirtschaftlichen Verflechtung deutlich. Die nach dem Krieg veränderte Außenpolitik wurde nun nicht mehr ausschließlich auf der Ebene der Politik, sondern – wegen der ökonomischen Implikationen der Reparationen – auch auf der wirtschaftlichen Ebene betrieben.

Rathenau griff den gescheiterten Seydoux-Plan<sup>44</sup> auf und modifizierte diesen und schlug vor, von 1921 bis 1924 Waren im Wert von 9 Milliarden Goldmark an Frankreich zu liefern. Das Geld hierfür sollte durch Anleihen der

44 Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, 2. Aufl. 1993, S. 117f.

Reichsregierung aufgebracht und von der Reparationskommission verrechnet werden.

Am 6. Oktober 1921 wurde das Wiesbadener Abkommen unterzeichnet. Die erzielte Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen hatte darüber hinaus zur Folge, dass die Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland aufgehoben wurde. Das Wiesbadener Abkommen aber scheiterte unmittelbar an den Auswirkungen der umstrittenen Oberschlesien-Aufteilung, aber auch wie schon der Seydoux-Plan, am Widerstand Londons, das ein deutsch-französisches Arrangement befürchtete. Dadurch wurde auch der grundsätzliche Gegensatz in den politischen Konzeptionen Englands und Frankreichs in der Reparationsfrage deutlich: »Nicht der deutsche Widerwille, die Reparationen zu zahlen, war das Kernproblem, sondern das fehlende Einvernehmen zwischen Paris und London über Ziele und Modalitäten. [...] Da fast alle Probleme, die sich aus dem Versailler Vertrag ergaben [...] multilateral waren, mussten bilaterale Ansätze [...] scheitern [...] Die vergleichsweise moderne Politik von Wiesbaden scheiterte aber nicht nur an der mangelnden Einbeziehung Dritter, sondern auch an der Komplexität der Reparationsfrage.«<sup>45</sup>

Auch wenn es keineswegs das erfüllte, was man sich versprach, verstand Rathenau das mit Loucheur ausgehandelte deutsch-französische Abkommen als ersten Schritt hin zu einer kooperativen-kollektiven Wirtschaftsaußnenpolitik. Für ihn bedeuteten die Wiesbadener Verhandlungen einen ersten Versuch auf dem Wege der Verständigung »zur Erträglichkeit der Lasten.«<sup>46</sup>

»Keine spätere außenpolitische Aktion hat so deutlich Rathenaus persönlichen Intentionen entsprochen wie diese«<sup>47</sup>, weil sie alle Komponenten seiner politischen Zielvorstellung beinhaltet und Wirtschaft mit Politik kongenial zu verknüpfen vermochte.

Nicht mehr die aus dem Krieg tradierte militärische Gewalt als Mittel der Konfliktlösung sollte für ihn bestimmd sein, sondern der alternative Ansatz, der zu einer Zivilisierung der Nachkriegskonflikte durch Gewaltverzicht, Konferenzdiplomatie und wirtschaftliche Kooperation führen würde.

Indem Rathenau die Reparationsproblematik aus dem Bereich der Politik in den der Wirtschaft überleiten wollte und vor allem unabhängige Sachverständige forderte, nimmt er die spezifische Form der »Bankers« und »Business Diplomacy« vorweg, die sich in der Mitte der zwanziger Jahre sukzessive gegen die nationalistische Machtpolitik durchsetzen konnte. Neben den tradi-

45 Ralph Blessing, Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923-1929, München 2008, S. 84.

46 Vgl. an Ernst Lehmann, 21.6.1921 (WRGA, Bd. V, S. 2584).

47 Ernst Schulin, Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit, 2. verb. Aufl., Göttingen 1992, S. 114.

tionellen Diplomaten prägten immer mehr wirtschaftliche Experten die internationalen Beziehungen<sup>48</sup>.

Dementsprechend war Rathenau auch bestrebt, das an die Peripherie der Staatenwelt gedrängte bolschewistische Rußland möglichst bald in die europäische Wirtschaft und Staatengemeinschaft zurückzuholen. Denn eine stabile Nachkriegsordnung und Rekonstruktion der Weltwirtschaft wäre ohne Deutschland und Sowjetrußland nicht möglich.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen waren seiner Meinung nach die beste Voraussetzung einer friedlichen Staatensolidarität. In diesem Politikverständnis erhielt Rathenau vom britischen Premier Lloyd George Unterstützung. Dessen Ziel war der wirtschaftliche Wiederaufbau und die politische Befriedung »Europas vom Atlantik bis zum Ural«<sup>49</sup>, so dass nun auch das bolschewistische Russland auf die politische Agenda kam.

Gedacht war dabei an ein aus den Staaten West- und Mitteleuropas mit Rußland gebildetes Konsortium, das mit Geld aus dem Westen, Know-how aus Deutschland und dem Markt im Osten möglichst alle europäischen Wirtschaftsprobleme auf einmal lösen sollte. Eine internationale Konferenz unter Einbeziehung Deutschlands und der Sowjetunion sollte zur Lösung der Reparationsfrage und zur wirtschaftlichen und politischen Befriedung Europas beitragen. Die Konferenz von Cannes diente zur Vorbereitung dieses ambitionierten Vorhabens.

In Kreisen der deutschen verarbeitenden und der Elektroindustrie, aber auch in der Schwerindustrie gab es starke Befürworter einer intensiven Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, um die diplomatisch isolierte und wirtschaftlich eingeschränkte Situation überwinden zu können. Als ein besonders geeigneter Anlass, in engere Verhandlungen mit Moskau treten zu können, erschien einerseits der russisch-polnische Krieg im Jahre 1920, der für Sowjetrußland territoriale Verluste einbrachte, andererseits die in Deutschland stark emotionalisiert aufgenommenen Volksabstimmungen in Oberschlesien, die ebenfalls zu deutschen Landverlusten führten und die Beziehungen zu Polen verschlechterten. Die sowohl von Berlin als auch von Moskau beklagte polnische »Expansion« schuf für beide diplomatisch isolierte Staaten eine Plattform für eine gemeinsame Politik. Beide Partner begrüßten eine Wiederaufnahme und Intensivierung der vor 1914 sehr regen wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten. Um das finanzielle Risiko angesichts der nach revolutionären Wirren

48 Vgl. Gottfried Niedhart, Deutsche Geschichte 1918-1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten, Stuttgart u.a. 1994, S. 237.

49 Vgl. Carole Fink, Axel Frohn, Jürgen Heideking (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, New York 1991.

und der Folgen des Krieges mit Polen möglichst gering zu halten, unterstützte Walther Rathenau als vormaliger Präsident der AEG, die über vorzügliche Beziehungen zu wirtschaftlichen Kreisen in Rußland verfügte, im Rahmen der von ihm propagierten »Erfüllungspolitik« das von Lloyd George ange regte internationale Syndikat zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Belgien und möglicherweise auch Frankreich, um die sowjetische Wirtschaft wieder aufzubauen und für die westlichen Staaten als Handelspartner zurückgewinnen zu können. Als Sicherheit bot Deutschland den umworbenen Syndikatspartnern die Kontrolle über spezielle deutsche Wirtschaftszweige an. Dieser Plan fand sowohl in London als auch in Paris Befürwortung. Die Franzosen zum Beispiel sahen darin eine Möglichkeit, Deutschlands Zahlungsfähigkeit von Reparationen zu gewährleisten und zusätzlich zu steigern. Für London konnte dieses Projekt eine Erweiterung der britischen Handelsbeziehungen bedeuten, um damit politischen Einfluß auf das bolschewistische Rußland nehmen zu können. Und es ist offensichtlich, dass die deutschen Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik mit diesem Projekt revisionistische und darüber hinaus gehende Zielvorstellungen verfolgten. Indem man gemeinsam mit den Westmächten die sowjetische Wirtschaft »erschloss«, sollte die eigene Wirtschaft stabilisiert und ausgebaut werden mit dem Ziel, die vormals besessene und potentiell noch vorhandene wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Europa zu erreichen. Liberal-imperialistische Kriegsziele von einem wirtschaftlichen Mitteleuropa unter deutscher Hegemonie und ergänzt bzw. erweitert durch ein wirtschaftliches Ostreich wären somit auf friedlichem Weg und damit dauerhafter erreicht worden. Neu – aber nur im Hinblick auf die Taktik und keinesfalls auf die Zielsetzung – waren Methode und Funktion dieses Unternehmens. Indem nämlich Berlin die Westmächte zur »friedlichen« Mitarbeit aufforderte, sicherte man sich einmal deren Unterstützung dieser von ihnen bislang bekämpften Politik. Zum anderen aber – und das ist das Besondere und vielleicht auch Wichtigste an diesem Konzept – wollte man innerhalb dieses Syndikats die Gleichberechtigung und auf Dauer – wie das bereits schon vor 1914 der Fall war – die wirtschaftliche Führungsposition Deutschlands erreichen, um auf diesem Wege quasi über Moskau den Vertrag von Versailles revidieren zu können.

Noch während des polnisch-russischen Krieges, in dem Deutschland strikte Neutralität bewahrte, bekannte man sich zu der Notwendigkeit, die bis dahin inoffiziellen Wirtschaftsbeziehungen auf eine vertragliche Grundlage zu stellen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die anfängliche Furcht in Deutschland vor dem Bolschewismus wich allmählich. Besonders Vertreter der Exportindustrie drängten auf vertragliche Grundlagen der Handelsbeziehungen; sie fürchteten, dass ausländische Konkurrenten ihnen zuvorkommen könnten. Allerdings erst nachdem die Briten eine Handelsübereinkunft mit

Moskau getroffen hatten, wurde im Mai 1921 ein Handelsabkommen geschlossen. Die deutsche Wirtschaft erhielt Aufträge in Milliardenhöhe<sup>50</sup>.

Die politischen Beziehungen allerdings stagnierten. Die Oberschlesienfrage sowie das erwogene Wiederaufbauprojekt der russischen Wirtschaft durch die Westmächte ließen konkrete bilaterale Absprachen nicht als opportun erscheinen.

Noch vor Rathenaus Ernennung zum Außenminister am 31. Januar 1922 wurden deutsch-russische Sonderverhandlungen aufgenommen mit dem gemeinsamen Ziel, sich gegenseitig Vorkriegsschulden zu erlassen. Besonders bestrebt war die deutsche Seite, Rußland zu bewegen, auf Ansprüche nach Artikel 116 des Versailler Vertrages, der das Recht auf Reparationen begründete, zu verzichten

Die Sowjets signalisierten Interesse an einer Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und regten darüber hinaus ein Handelsabkommen an. Der Weg nach Rapallo zeichnete sich ab.

Die Sowjets lehnten jedoch die von Deutschland angebotene »internationale Hilfsmaßnahme« in richtiger Einschätzung der wahren Absichten ab. Sie baten vielmehr die Alliierten, eine Lösung der ehemaligen Schulden bzw. Auslandsguthaben herbeizuführen. Der britische Premierminister Lloyd George und sein französischer Kollege Aristide Briand beantworteten diese Bitte mit dem Vorschlag, eine internationale Wirtschaftskonferenz in Genua einzuberufen, auf der alle diese Probleme hätten gelöst werden können. Auch die beiden »Paria-Mächte« Deutschland und Sowjetrußland wurden eingeladen mit dem Ziel, für die europäische Wirtschaft eine Gesamtlösung zu finden.

Obwohl damit das internationale Rußlandgeschäft gescheitert war, bemühten sich sowohl Moskau als auch Berlin, ein einseitiges Zusammengehen des anderen mit den Westmächten zu verhindern.

Kreise der Schwerindustrie, die Ostabteilung im Auswärtigen Amt und vor allem die Reichswehrführung waren rückwärtsgewandt bestrebt, die Kontinuität deutscher Machtpolitik hinsichtlich ihrer Ziele wie ihrer Methoden vom Kaiserreich zur Republik aufrecht zu erhalten. In enger wirtschaftlicher, aber auch militärischer Kooperation mit Moskau wollten sie ein Gegengewicht zum neu entstandenen und als »Saisonstaat« abqualifizierten Polen und letztlich auch zu den Siegermächten im Westen bilden, außenpolitische Handlungsfreiheit gewinnen und Voraussetzungen für eine baldige machtpolitische Revision des Versailler Vertrages schaffen. Für sie bedeutete diese

50 Vgl. Horst Günter Linke, Deutschland und Sowjetrußland von Brest-Litowsk bis Rapallo, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16 (1972), S. 23-38; hier: S. 32.

Politik der erste Schritt einer auf Bündnisfähigkeit beruhenden, aktiven Außenpolitik.

Es war Joseph Wirth, der für diese Politik eintrat<sup>51</sup>. Besonders durch zwei Ereignisse sei er von seiner ursprünglich auf Verständigung und Zusammenarbeit beruhenden »Erfüllungspolitik« abgebracht worden. Diese waren die zuungunsten Deutschlands durchgeführte Abstimmung in Oberschlesien und das ebenfalls im Jahre 1921 verhängte Londoner Ultimatum, das eine über Jahrzehnte währende Reparationszahlung von insgesamt 132 Milliarden Goldmark dem Deutschen Reich abforderte. Wirth setzte nun zunehmend auf eine Alternativpolitik, die auf eine enge wirtschaftliche und auch militärische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland zielte. Dabei verfolgte er eine Art Doppelstrategie. Indem er Rathenau als Wideraufbauminister, dann ab 1922 als Außenminister seine kollektive Verständigungs- und Sicherheitspolitik mit den Westmächten weiter betreiben ließ, forcierte er gleichzeitig die Verhandlungen mit Moskau. Generell war Wirth maßgeblich an der »deutschen Ostpolitik im Umfeld des Rapallo-Vertrages«<sup>52</sup> beteiligt. Er habe vor allem die geheimen Verhandlungen der Reichswehr mit der Roten Armee<sup>53</sup> gut geheißen. Wirth sei der »eigentlich treibende Motor für die Rapallo-Politik« gewesen, die er »im Gegensatz zu seinen Partnern Maltzan und Rathenau mit dem klaren Ziel eines revanchistischen Bündnisses betrieben habe.«<sup>54</sup>

Bemerkenswerter Weise war Joseph Wirth nicht der einzige, der einen außenpolitischen Positionswechsel vollzogen hatte. So war es der konservative Ulrich Graf Brockdorff-Rantzaу, erster Außenminister der jungen Weimarer Republik und von 1922 bis 1928 erster deutscher Botschafter in Moskau, der ursprünglich vor der bolschewistischen Gefahr gewarnt und eine deutsch-russische Annäherung als höchst belastend für die Verhandlungen mit den siegreichen Westmächten qualifiziert hatte, wenig später aber, als das von ihm erwartete Entgegenkommen der Siegermächte ausblieb, ein Zusammengehen mit den neuen Machthabern in Moskau nicht mehr ausschloss. Er versprach sich von der russischen

51 Dies haben Ulrike Hörster-Philipps (Joseph Wirth 1879-1956, Paderborn u.a. 1998) und besonders Heinrich Küppers (Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1977) herausgearbeitet. Vgl. auch Niels Joeres, Forschungsbericht Rapallo. Zeitgeschichte einer Kontroverse, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 34/3 (2007), S. 103-126.

52 Heinrich Küppers, Zwischen Londoner Ultimatum und Rapallo. Joseph Wirth und die deutsche Außenpolitik 1921/22, in: Historische Mitteilungen 13 (2000), S. 150-173, hier: S. 150; sowie ders., (Anm. 51).

53 Vgl. dazu Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, 2. Aufl. 1994; vgl. auch Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941, Berlin 1992.

54 So kritisch Wolfgang Elz, Die Weimarer Republik und ihre Außenpolitik. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999). S. 307-375; hier: S. 363.

Trumpf-Karte Vorteile bei den festgefahrenen Verhandlungen um einen gerechten Friedensvertrag. Schließlich spekulierte er sogar mit einem antiwestlichen Bündnis mit Moskau. Trotz der grundlegenden prinzipiellen Ablehnung des Bolschewismus versuchten Diplomaten, »die Außenpolitik im unideolgischen pragmatischen Raum zu halten, damit einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Innen- und Außenpolitik ziehend.«<sup>55</sup>

Im Jahre 1922, als es darum ging, Rapallo mit Leben zu füllen, war es Brockdorff-Rantzau wiederum, der vor allem eine militärische Kooperation strikt ablehnte<sup>56</sup>. Diese außenpolitischen Pirouetten des erfahrenen Diplomaten können für die Offenheit der außenpolitischen Situation unmittelbar nach dem Krieg stellvertretend stehen<sup>57</sup>.

Die Reichswehr hatte bereits im Sommer 1920 erste Kontakte mit russischen Militärs geknüpft. Dabei ging es auch um die Verlagerung von deutschen Rüstungsprojekten, die der Versailler Vertrag verboten hatte, nach Rußland. Der gemeinsame Gegner war Polen, das als »unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands« angesehen wurde, und deswegen – auch »mit Rußlands Hilfe« – »verschwinden« müsse<sup>58</sup> – so General von Seeckt am 11. September 1922. Als der Chef der Heeresleitung im Mai 1921 Reichskanzler Wirth und das Auswärtige Amt um politische und finanzielle Unterstützung für die sich anbahnende Zusammenarbeit mit der Roten Armee bat, wurde ihm beides gewährt. Diese »amtlich geduldeten Geheimkontakte«<sup>59</sup> dokumentieren, dass es nicht Wirtschaftskreise und Privatfirmen waren, sondern das Militär, das die Initiative für deutsch-russischen Verhandlungen ergriff, die unmissverständlich die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzten, und somit eine machtpolitische Revisionspolitik in Angriff genommen hatte<sup>60</sup>. Und es war Joseph Wirth, der die polenfeindliche Haltung der Reichswehr unterstützte und mit ihr den »Schulterschluss« suchte. Sein »Werdegang [...] zum Rapallopoltiker steht im engen Zusammenhang mit der Entwicklung

55 Peter Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages, Paderborn 1988, S. 86.

56 Vgl. Horst Günther Linke, Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetrussischen Außenpolitik, in: HZ 264 (1997), S. 33-109; hier: S. 57f.; vgl. generell Christiane Scheidemann, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928), eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1998.

57 Dazu auch Wolfgang Michalka, Rußlandbilder des Auswärtigen Amtes und deutscher Diplomaten, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln u.a. 1994, S. 79-104. Vgl. auch Donal O'Sullivan, Furcht und Faszination. Deutsche und britische Rußlandbilder 1921-1933, Köln u.a. 1996 ; auch Armin Wagner, Das Bild Sowjetrußlands in den Memoiren deutscher Diplomaten der Weimarer Republik, Münster, Hamburg 1995.

58 In: Wolfgang Michalka, Gottfried Niedhart (Hrsg.), Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980, S. 144.

59 So Küppers, (Anm. 52), S. 163.

60 Vgl. Horst Günther Linke, Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetrussischen Außenpolitik, in: HZ 264 (1997), S. 33-109, S. 74ff.

der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen.<sup>61</sup> Schon bei seinem ersten Gespräch als Reichskanzler mit Krestinskij, dem ranghöchsten russischen Diplomaten in Berlin, am 7. Februar 1921 befürwortete er die baldige Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Und noch vor der Ernennung Rathenau zum Außenminister hatte sich Wirth Mitte Januar 1922 für ein von der Reichswehr gefordertes enges Zusammengehen mit Moskau und damit gegen eine Verständigung mit dem Westen entschieden.

Die Ernennung Rathenau zum Außenminister am 31. Januar 1922 verstimmte die Sowjets, weil sie ihm als Verfechter des Konsortiumsplans misstrauten. Ihre Drohung, Reparationen nach Artikel 116 des Versailler Vertrages von Deutschland einzufordern, ließ die Reichsregierung reagieren. Wirth unterbreitete Moskau ein Verhandlungsangebot.

Rathenau hingegen war bemüht, im Vorfeld der Konferenz von Genua die Westmächte nicht zu brüskieren, so dass er die Anfang April in Berlin unterschriftenreifen Verhandlungen, die mit dem späteren Rapallo-Vertrag übereinstimmten, verschob.

Schon im Februar 1922 hatte er erklärt, es komme für ihn nicht in Betracht, »dass wir uns ganz nach Osten orientieren oder gar ein deutsches Monopol in Russland erstreben. Auch in Genua müsse Deutschland davon absehen, sich ganz auf Rußland einzustellen, trotzdem sei dort ein gewisses Zusammenarbeiten mit Rußland erwünscht.<sup>62</sup>

Rathenau politische Taktik ging dahin, »Ostpolitik nur mit Rückenwind nach Westen und möglichst im Zusammenwirken mit dem Westen zu treiben, die deutsche Mitwirkung an dem Konsortium Lloyd George gewissermaßen als Eintrittspreis für eine mit den Westmächten auszuhandelnde Regelung der Reparationsfrage zu bezahlen. [...] Nur mit dem Blick auf das Reparationsproblem verhandelte Rathenau also mit den Russen.<sup>63</sup>

Da er wie auch die Sozialdemokratie mit Reichspräsident Ebert an der Spitze, im Grunde westlich orientiert war, »wollte er nicht schon vorab eine sich womöglich bietende, große Gelegenheit verspielen, die Erfolg, aber auch Scheitern mit sich bringen konnte. [...] Wachsende Furcht vor außenpolitischer Isolierung verlieh dem sich lange anbahnenden Entschluss akute Schubkraft.<sup>64</sup> Hinzu kam der wachsende innenpolitische Erfolgsdruck, der die Erfüllungspolitik längst in Frage gestellt hatte.

61 Küppers, (Anm. 52), S. 163.

62 Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluss des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, 2 Bde., Berlin 1967/71; hier: Bd. 2, Nr. 248, S. 520-524; hier: S. 523, nach Klümpen, S. 123.

63 Theodor Schieder, Walther Rathenau und die Probleme der deutschen Außenpolitik, in: Marc Sieber (Hrsg.), *Discordia concors. Festgabe für Edgar Bonjour zu seinem siebzigsten Geburtstag am 21.8.1968*. Bd. 1, Basel u.a. 1968, S. 239-268; hier: S. 262f.

64 Hildebrand (Anm. 40), S. 425ff.

Die nach Westen ausgerichtete, aber auch eine auf Ausgleich mit der Sowjetunion bedachte kollektive Entspannungs- und Sicherheitspolitik, wie sie später Stresemann vertrat, wurde von Rathenau als Außenminister vorweggenommen und trug letztlich zur Umorientierung der deutschen und insgesamt europäischen Außenpolitik bei.

Sich ganz nach Rußland bilateral zu orientieren, lehnte Rathenau allerdings ab, weil er dem bolschewistischen Regime skeptisch gegenüber stand und auch den Konflikt mit den Westmächten vermeiden wollte. Deutschland sollte daher eher die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Westen und Sowjetrußland übernehmen und auf diesem Wege als gleichberechtigter Partner anerkannt werden. Dass diese Schlüsselfunktion dem Deutschen Reich nicht zugestanden wurde, zeigt, dass in Genua Lloyd George mit den russischen Delegierten verhandelte, allerdings ohne die deutschen Vertreter hinzuzuziehen.

Rathenau, dessen Bemühen um kollektive Außen- und Sicherheitspolitik von den Westmächten nicht mit Entgegenkommen in der Reparationsfrage belohnt wurde – Frankreich ließ dieses Thema von der Agenda der Weltwirtschaftskonferenz nehmen, und die USA waren gar nicht in Genua vertreten – und der eine außenpolitische Isolierung fürchtete, gab in diesem Dilemma einer seiner Überzeugung entgegengesetzten Position, die von der Reichswehr, der Ostabteilung im Auswärtigen Amt<sup>65</sup> unter Ago von Maltzan<sup>66</sup> und natürlich auch von Reichskanzler Wirth vertreten wurde, schließlich nach, die ein bilaterales Abkommen mit Moskau befürworteten. Ohne die unmittelbaren Erfolgsaussichten zu überschätzen, ging es ihm darum, ein Gegengewicht zum Westen zu schaffen, das die deutsche Handlungsfähigkeit vergrößern sollte.

Am Rande der Weltwirtschaftskonferenz von Genua wurde dann am Ostersonntag 1922 in Rapallo zwischen den beiden Außenseitern der internationalen Staatenwelt ein Vertrag geschlossen, der den gegenseitigen Verzicht auf Ersatz von Kriegskosten und Kriegsschäden, auf deutscher Seite den Verzicht auf die durch Sozialisierungen entstandenen Verluste sowie darüber hinaus die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zwischen beiden Staaten vorsah.

Die dramatischen Tage und Stunden vor Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages sind detailliert nachgezeichnet und untersucht worden<sup>67</sup>.

65 Dazu Ingmar Sütterlin, Die »Russische Abteilung« des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, Berlin 1994.

66 Vgl. jetzt Niels Joerres, Der Architekt von Rapallo: Der deutsche Diplomat Ago von Maltzan in der Kaiserzeit und in der frühen Weimarer Republik, (Diss.) Heidelberg 2005.

67 Jetzt besonders detailliert und die neueste Forschung berücksichtigend Eva Ingeborg Fleischhauer, Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 Jg. (2006), S. 365-415.

Der Vertragsabschluss von Rapallo, der wie eine Bombe einschlug und die Konferenz von Genua zu sprengen drohte, wurde in Deutschland von den Befürwortern einer »aktiven« und damit besonders antipolnischen Ostpolitik bejubelt, glaubten sie doch durch diesen Schritt eigene Handlungsfähigkeit zurückgewonnen zu haben, die dazu beitragen könnte, eine erfolgreiche Revision des Versailler Vertrages zu betreiben und darüber hinaus langfristig die ehemals innegehabte deutsche Großmachtposition wiederherzustellen. Innenpolitisch führte »der Ausgleich mit Sowjetrußland, der den Gegnern von Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau im Außenpolitischen mehrheitlich willkommen war, nicht zu einer Versöhnung zwischen den tief zerstrittenen Lagern«.<sup>68</sup>

Die eigentlichen Gewinner waren die Russen; sie hatten die Isolierung durchbrochen, gemeinsame Lösungen verhindert und, indem sie Deutschland auf ihre Seite zogen, die beste Sicherheitsgarantie an ihrer europäischen Flanke gewonnen.<sup>69</sup>

Rathenau vermochte in den entscheidenden Fragen der Reparationen, der europäischen Wirtschaft, der Auslandskredite, des Verhältnisses zu den Alliierten keinerlei Erfolge aufweisen. Im Gegenteil: Das Kernstück seiner Außenpolitik, die wirtschaftliche Vernunft, Geschäftsmäßigkeit und Sachlichkeit, die er zu recht als unbedingte Voraussetzung der erstrebten Verständigung betrachtete, wurden in Frage gestellt. Der große Aufbruch der deutschen Außenpolitik, den er einzuleiten suchte, sollte in der Reparationspolitik erfolgen und nicht durch eine spektakuläre Russlandpolitik. Die negativen Auswirkungen ließen nicht lange auf sich warten. »Rathenaus außenpolitisches Scheitern, der misslungene Versuch, über eine erträglichere Reparationslösung eine Verständigung mit Frankreich und Großbritannien anzubahnen, war mit Rapallo besiegt.«<sup>70</sup> Sein Konzept einer langfristig angelegten Transformationsstrategie unter liberalen Vorzeichen, mit deren Hilfe das wirtschaftlich und politisch isolierte revolutionäre Rußland dem europäischen Markt geöffnet und als unverzichtbarer Partner für eine stabile Friedensordnung gewonnen werden sollte – diese Ostpolitik des »Wandel durch Annäherung« – misslang. Rapallo stand in keiner durchdachten Beziehung zur übrigen Außenpolitik und war ein Notbehelf. Es entsprach keineswegs Rathenaus Vorstellungen.

Bleibt zum Schluss die Frage nach der liberalen Außenpolitik.

68 Vgl. Hildebrand (Anm. 40), S. 430.

69 So Krüger, Versailles, S. 112f.

70 Peter Krüger, »Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen«. Walther Rathenau als Außenpolitik, in: Wilderotter, Extreme, S. 189–202; hier: S. 201. Vgl. auch ders., Der Vertrag von Rapallo und die deutsche Außenpolitik. Geschichtsbild und historisches Ereignis, in: Geschichtsbilder, hrsg. von Thomas Stamm-Kuhlmann, Stuttgart 2003, S. 432–442.

Peter Krüger, der die Neuansätze einer »eigenständige[n] republikanische[n] Außenpolitik«<sup>71</sup> in der Weimarer Republik untersucht hat, sieht vor allem in den im Vergleich zur traditionellen Außenpolitik geänderten Methoden das Neue in der Politik. Er hebt den steigenden Einfluss der Wirtschaft, aber auch die Kulturpolitik als neues Element der Außenpolitik hervor sowie den Übergang zur Konferenzdiplomatie.

Im Anschluss daran verwendet Ralph Blessing den Begriff der »Modernisierung«, den er als »Prozess« versteht, der »durch die Umsetzung bzw. Realisierung von 'Innovationen' gekennzeichnet ist.« Er stellt das liberale Modell der Friedenssicherung, wie es vornehmlich von Woodrow Wilson vertreten wurde, in den Mittelpunkt seiner Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen in den zwanziger Jahren. Ziel des liberalen Konzepts war die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens, dessen Voraussetzung eine demokratische Staatsordnung sowohl innerstaatlich als auch international sei. Dementsprechend stehe das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Mittelpunkt künftiger Friedensordnung.<sup>72</sup> Zwar standen sich der deutsche Revisionsanspruch und das französische Sicherheitsverlangen diametral entgegen. Jedoch müssen Revisionspolitik und liberale Außenpolitik keine Gegensätze sein, so dass allmählich sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ein Modernisierungsprozess einsetzte, der das liberale Konzept der Friedenssicherung als Ziel und gleichermaßen Methode in die jeweilige Außenpolitik einbezog<sup>73</sup>. Die Wiedererlangung der Souveränität und der Gleichberechtigung unter den europäischen Großmächten bildeten dabei einen stabilen Konsens, lediglich die Methoden änderten sich. An Stelle der Konfrontation sollte die Verständigung treten. Allerdings bestanden über Prioritäten und Methoden der deutschen Revisionspolitik tiefgreifende, zu erbittertem Konflikt eskalierende Meinungsverschiedenheiten.<sup>74</sup>

Rathenau vertrat eine »republikanische«, liberale Außenpolitik, die keineswegs auf Machtbildung verzichtete, aber deren ökonomische Variante bevorzugte. Der Macht- bzw. Militärstaat sollte in einen Handelsstaat überführt, die zerrüttete anarchische Struktur der Staatengemeinschaft in vernünftige Bahnen gelenkt und in ein internationales System kollektiver Sicherheit geführt werden. Da moderne Ökonomie arbeitsteilig angelegt und global ausgerichtet ist, erhielt sie für Rathenau auch eine friedensstiftende, konfliktabbauende Funktion zugewiesen. Frieden durch parlamentarische Demokratie im Innern und Freihandel gepaart mit der Einbindung in das internationale Staaten-

71 Krüger, Außenpolitik, S. 16.

72 Blessing, S. 17.

73 Blessing, S. 18ff.

74 Vgl. Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005, S. 105.

system nach außen lautete demnach seine Botschaft des liberal-republikanischen Modells.

Mit diesem Politikverständnis stand er in der Tradition der am 19. Juli 1917 von den Mehrheitsparteien des Reichstages (Zentrum, MSPD und Fortschrittspartei) verabschiedeten Friedensresolution, die für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verständigungspolitik plädierte.<sup>75</sup> Die Abkehr von den Methoden der wilhelminischen Machtpolitik sowie ein Bekenntnis für friedliche Streitschlichtung waren ihre Ziele, die auch dem wachsenden Gewicht von Wirtschaftsfragen Rechnung trugen. Es waren vor allem Kaufleute und Bankiers aus den Hansestädten wie der Reeder und Hapag-Direktor Albert Ballin sowie der Hamburger Bankier Max Warburg, die für einen Frieden plädierten, der freie marktwirtschaftliche Handelsbeziehungen durch internationale Rechtsgarantien gewährleisten sollte. Diese Wirtschaftskreise verstanden Außenpolitik vornehmlich als Außenwirtschaftspolitik, und zweifellos hatte das Gewicht ökonomischer Fragen infolge der wachsenden Verflechtung der Volkswirtschaften untereinander beträchtlich zugenommen.

Die Errichtung freier und rechtlich abgesicherter Wirtschaftsbeziehungen verstanden die liberalen Kräfte der Wirtschaft als unumgängliche Voraussetzung zur Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen – also zur allmählichen Beseitigung der gewaltigen materiellen Schäden und zur Sanierung der zerrütteten, durch Inflation bedrohten Währungen.<sup>76</sup>

Daran anknüpfend trat Rathenau für liberale Wirtschaftsaussenpolitik und eine auf internationaler Rechtsordnung beruhende Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ein. Nicht mehr die tradierte militärische Machtpolitik als Mittel der Konfliktlösung sollte für ihn bestimmd sein, sondern der alternative Ansatz, der zu einer Zivilisierung und Schlichtung der Nachkriegskonflikte durch Gewaltverzicht, Konferenzdiplomatie und wirtschaftliche Kooperation führen sollte. Die nach Westen ausgerichtete, aber auch auf einen Ausgleich mit Sowjetrußland bedachte Entspannungspolitik, wie sie dann Stresemann vertrat, wurde von Rathenau als Außenminister entwickelt und trug letztlich zur Umorientierung der deutschen und gesamten europäischen Außenpolitik bei.<sup>77</sup>

75 Vgl. Marshall M. Lee, Wolfgang Michalka, German Foreign Policy 1917-1922: Continuity or Break?, Leamington, Spa, Hamburg 1987; die Gegenposition vertritt Krüger, Außenpolitik (Anm. 44). Die Diskussion um Kontinuität und Diskontinuität in der Weimarer Außenpolitik wird diskutiert von Klümpen, Heinrich, Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo. Revisionismus oder Neuorientierung? Münster, Hamburg 1992 sowie vor allem Gottfried Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, 2. Aufl., München 2006.

76 Vgl. Klümpen, S. 10ff.

77 Vgl. Niedhart, Deutsche Geschichte 1918-1933. (Anm. 48), S. 91ff.

Dieses Ziel ließ sich jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum realisieren. Zu sehr dominierten nationale Interessen, die eine stabile und ausbalancierte internationale Friedensordnung in Europa verhinderten.